

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen  
jährlich 1,50 Mk. Einzelpreis die gleiche. Colonie für Arbeits-  
genossen 75 Pf., Gewerkschafts- und Privatanzelger 1 Mk.

Eigentum des Christlichen  
Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Selterstrasse 17. Betrieb 525.  
Sitz der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Auskünfte und Anzeig-  
mentsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Ausnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 27.

Duisburg, den 6. Juli 1918.

19. Jahrgang

## Preissteigerungen u. Lohnherabsetzungen.

Leider ist es keine Übertreibung, wenn wir die vorliegende Ueberschrift gewählt haben. Die Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände steigen unausgesetzt. Jetzt hat man wieder trotz aller vorgebrachten Bedenken die Getreidepreise erhöht, was eine Versteuerung des Brotes zur Folge hat. Der Abgeordnete Dr. Hoch verlangte am 20. Juni im Preußischen Abgeordnetenhaus, daß auch Milch, Butter und Bier im Preis erhöhen würden, sonst würde der Rückgang der Butter- und Milchproduktion viel bedrohlicher als bisher in Erscheinung treten. Er verlangte eine wesentliche Erhöhung der Erzeugerpreise. Die 12. Kriegs-Generalversammlung des bayerischen christlichen Bauernvereins forderte am 16. Mai einer Resolution, daß „für Schlacht Schweine vernünftigsten Gestaltungskosten einigermaßen angepaßte Preise festgesetzt werden.“ Auf dem Verbandstag ostpreußischer Genossenschaften wurde ein Erzeugerpreis von 60 Pf. für den Liter Milch befürwortet, und ein Teil der landwirtschaftlichen Presse, wie die „Deutsche Tageszeitung“, sind sogar unzufrieden, daß die Getreidepreise und Frühdruschprämien nicht noch höher gesetzt wurden, man habe sich leider viel zu sehr zurück auf die Massen leiten lassen.

Wie steht es dem gegenüber mit den Löhnen? Man verweist immer auf die „hohen Löhne“ in der Munitionsindustrie vergibt aber ganz, daß es nur einzelne sind, bei denen man wirklich von einem hohen Lohn reden kann. Die große Mehrheit in der Metallindustrie und im Bergbau hat noch keine 10 Mark den Tag, was zum Lebensunterhalt einer Familie bei den heutigen Preisen doch nicht mehr ausreicht. Und die Gewerbe, die man nicht als Kriegsindustrie ansprechen kann, wie z. B. Textilgewerbe, Tabakgewerbe, Buchdruckgewerbe, Vergewerbe, die Metallindustrie, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe haben geradezu doch noch erträgliche Löhne. Größere Lohnsteigerungen gehören zu den Seltenheiten, wohingegen die Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände um 200, 500 und mehr Prozent gestiegen sind. Nun geht man sogar daran, die Löhne abzubauen. Das Preußische Kriegsministerium hat Lohnermittlungen angestellt und eine Neuregelung in Vorschlag gebracht, die praktisch für die meisten in den staatlichen Werken tätigen Arbeiter einen Abbau der jetzigen Löhne, statt der erhofften Anpassung der Löhne an die gegenwärtigen Preise zur Folge hat. In Pippstadt, Siegburg und in anderen großen Werken ist die Arbeiterschaft bereits sehr erregt und hat in Versammlungen gegen die Lohnherabsetzungen Stellung genommen. In der Schwemsteinindustrie in Neudiederhöfen gaben verschiedene Unternehmer den Arbeitern 12 Mark Altkord für 1000 Steine. Diefenigen, die nur 10 Mark geben, belämen erschärflicherweise schwieriger Arbeitskräfte. Die Unternehmer vereinbarten deshalb, nicht mehr als 10 Mark Altkord für 1000 Steine zu geben. Das Kriegsamtsschule Koblenz hat sich bereit erklärt, auf die Dauer des Krieges die Durchführung dieser Vereinbarung zu überwachen, und durch die Sperrung der Kalkzufuhr sowie die Verbesserung der Freigabe von Schwemsteinen dienten Fabrikanten zu strafen, die trotz der Vereinbarung es auch weiterhin versuchen wollten, mehr Lohn zu bewilligen. Auch der Privatindustrie geht man in letzter Zeit dazu über, die Löhne zu reduzieren.

Es ist eigenartig, daß die Kriegsamtstellen nicht die Landwirtschaft bestrafen, die den Preis in die Höhe ziehen, und ebenso die Industrie, die immer höhere Kriegsgewinne macht. Warum sieht man für Landwirtschaft und Industrie nicht für die Dauer des Krieges höchster Verdienste fest und läßt diese durch die Kriegsamtstellen überwachen? Im „Tag“ (Nr. 96) sagt Abg. Dr. Arnstadt rund heraus: „Die hohen Löhne der Nahrungsmittelwerke werden ja ganz bedeutend abgebaut werden müssen“. Er meint sogar: „Die Hungerjahre werden uns nicht erspart bleiben“. Was fordert demgegenüber die Landwirtschaft? Die „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 296 vom 12. Juni) sagt: „Wo bleiben die Mindestpreise, welche die Gewerbeversorgung des deutschen Volkes für die nächsten Jahre sicherstellen? Oder will man den inländischen Gewerbebau dem blinden Zufall überlassen?“ Im „Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats“ vom 11. Juni wird ebenfalls die Frage nach den Mindestpreisen für die nächsten Jahre aufgeworfen.

Auso Landwirtschaftl. Kreise fordern Mindestpreise, die ihnen für mehrere Jahre garantiert werden sollen. Und demgegenüber hält man es für eine Selbstverständlichkeit, daß die Löhne der Arbeiter abgebaut werden müssen. Wohin eine solche Politik führt, darüber scheint man sich keine Rechenschaft abzulegen. Heute wissen die Minderbemittelten schon nicht, womit sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Die Spargrossen sind aufgezehrt, zum Teil die Möbel verkauft, Kleider und Schuhe zerstört, ebenso die Wäsche. Wenn der Krieg herum ist und die notwendigsten Sachen wieder anschafft werden müssen, dann werden wir, wenn diese Politik so fortgesetzt wird, nach dem Krieg noch traurige Zeiten erleben. Bleiben die hohen Preise bestehen und werden sogar für einige Zeit garantiert, dann muß auch der jetzige Lohn für dieselbe Zeit garantiert werden. Wird aber der Lohn abgebaut, dann muß gleichzeitig ein Abbau der Preise erfolgen, sonst treiben wir einer Katastrophe entgegen. Wenn wir das offen auswrechen, soll

man uns nicht unterstellen, wir würden die Arbeiter verhezen! Wir halten uns für verpflichtet, im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wiederaufbaues Deutschlands auf diese Zusammenhänge hinzuweisen. So läufigstens wie andere Kreise ihre Forderungen vertreten, vertritt die Arbeiterchaft ihre Forderungen wahrhaftig nicht. Sie hat immer mehr Verständnis für die Gesamtzusammenhänge bewiesen und trotz ihrer Notlage noch Rücksicht auf andere Kreise genommen. Wir sind aber jetzt an der Grenze angelangt, wo man deutlich reden muß, ehe es zu spät ist.

## Branchenagitation.

Wie sehr sich selbst im Felde unsere Kollegen mit den Agitationsmöglichkeiten im Verhinde befassen, zeigt der Artikel unseres Kollegen W. G. aus Rumänien über die Branchenagitation, der gute Fingerzeige für unsere Kollegen in der Heimat enthält.

Wohl kein Gewerbe ist so mannigfaltig wie das Metallgewerbe. Diverse Berufe, von denen hunderte Spezialfachwerke abzweigen, machen das Metallgewerbe äußerst vielfältig. Die in den einzelnen Spezialfächern tätigen Personen sollen alle für unseren christlichen Metallarbeiterverband gewonnen werden. Nicht gerade leicht ist es, sich in dem Wirrwarr von Spezialfachfragen, die für jeden Beruf verschieden sind, zurecht zu finden. Es bedarf daher schon einer längeren Tätigkeit und dauernden Umgangs mit den betreffenden Berufen um ein einigermaßen richtiges Bild von der Produktions- und Arbeitsweise der Beschäftigten zu bekommen. Je nach der Art der Tätigkeit des einzelnen Arbeitsgenossen muß die Frage der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beurteilt werden. Die Verhältnisse sind noch nicht einmal auf einem und demselben Wege die gleichen. Viel mehr tritt aber die Ungleichheit der Produktionsweise und der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gleichartiger Betriebe verschiedener Firmen in die Erscheinung. Welche Mittel müssen nun angewandt werden, um für die Arbeiterschaft das zum Leben Notwendige zu erringen. Zur Beprechung der Verhältnisse in den einzelnen Betrieben bedient man sich der bekannten Werkstättenversammlungen. Handelt es sich in einem engeren Bezirk um mehrere gleichartige Betriebe, so ist es auch zu empfehlen, kombinierte Betriebs- oder Werkstättenversammlungen abzuhalten, um eineheitliche Richtlinien zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse aufzustellen zu können und der gut organisierten Arbeitgeberseite eine ebenfogut organisierte Arbeiterschaft entgegen zu setzen.

Der einzelne Arbeitgeber wird stets bei Verhandlungen mit den Arbeitern darauf hinweisen, daß er mit Rücksicht auf die Konkurrenzbetriebe nicht imstande sei, einen höheren Lohn zu zahlen wie diese auch. Daß bei dem Gedanken der einheitlichen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Betriebskollegen ein großes Interesse daran haben, sich einander näher kennen zu lernen, um sich in ihren Bestrebungen zu unterstützen, ist ohne weiteres ersichtlich. Zur Erfassung und richtigen Beurteilung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist das Abhalten von solchen gemeinschaftlichen Versammlungen sehr notwendig. Genau so wichtig wie diese Versammlungen ist auch das Abhalten von sogenannten Branchenversammlungen, also Versammlungen von Berufsgruppen verschiedener Betriebe, die im allgemeinen die gleiche Arbeit verrichten. Für Brückenbauer, Metzger, Dreher und Maschinenarbeiter, Formarbeiter und Gießereiarbeiter, Zechenmetallarbeiter, Schmiede, Drahtzieher, Drahtweben, Feuerarbeiter, mechanische Arbeiter, Heizer und Maschinisten, Vorzeichner, Kunst- und Bauschlösser, Hus- und Wagenschmiede, Klempner und Fassateure, Metalldrücker, Elektriker, Heizungsmechaniker, Gürtler, Supferschmiede, Edelmetallerbeiter, Uhrmacher, Bandagisten und auch noch für eine Reihe weiterer Berufe lassen sich ohne Mühe besondere Branchenversammlungen einrichten. Bei vielen der einzelnen Branchen liegt es aber im Interesse der Organisation, daß zur Gründung von besonderen selbstgeführten Branchenföderationen gezwungen wird. Eine lose Zusammenkunft bei gelegentlichen Anlässen und Fortkommenissen hat in vielen Fällen keinen dauernden Wert und ist auch nur von geringem gewerkschaftlichen Erfolg begleitet. Zum Beispiel ist für die handwerklichen Berufe eine gut geleitete Branchenföderation die Vorbereitung zur Gewerkschaftarbeit. Wohl aber sollte man mit der Belegschaft direkt verhandeln nicht aber mit dem Ausschuß die Forderungen beraten. Wenn das nicht geschehe, würde der Antrag der Belegschaft abgelehnt. Also: glatte Ansicht des Ausschusses, auch wenn die Forderungen noch so berechtigt sind. Die Arbeiter haben sich mit dieser Stellung der Werksleitung nicht zufrieden geben und beschlossen, auf ihren Standpunkt zu verharren, daß nämlich der Arbeiterausschuß verhandelt sollte. Doch man fragt sich mit Recht: wird so die Tätigkeit der Ausschüsse mitglieder erschöpflich gestaltet, wird so die ganze Einrichtung nicht zu einer bloßen Dekoration? Wir können uns der Ansicht nicht verschließen, hier wird bewußt und nachvoller Absicht darauf hingearbeitet die Tätigkeit der Ausschüsselahm zu legen, den Ausschüssemitgliedern ihre Arbeit, die auch im vaterländischen Interesse liegt, zu verleidern.

Übrigen Berufe anzuhören. Selbstverständlich sollen für die Angehörigen einer Branchenföderation nicht nur die Branchenversammlungen genügen, sondern es muß Wert darauf gelegt werden, daß man keine einseitige Föderation eingerichtet und der Gedanke an die Zugehörigkeit zum ganzen Heere des Arbeiterstandes verwirkt wird. Mit Nachdruck ist daher darauf hinzuweisen, daß die Versammlungen und Veranstaltungen der gesamten Metallarbeiterföderation besucht werden. Das ist freilich eine mühselige und auch nicht immer erfolgreiche Arbeit, die da geleistet werden muß.

Wer zäher Wille und Ausdauer führt hier zum Ziel. Jetzt heißt es alle Kräfte anspannen, um die Massen in Klein- und Großbetrieben aufzurütteln und der Organisation zuzuführen. Notwendig erscheinender Branchenbildung soll man keine Hindernisse in den Weg legen, sondern fördernd die Wege ebnen. Viele Wege führen zum Ziel. Die Forderungen nach Gründung von mehr Branchenföderationen erscheint einer zu sein, der nicht verfehlt ist. Darum auf zur Arbeit. W. G.

## Arbeiterausschüsse und Unternehmertum im Bezirk Hagen.

Das Bacterl. Hilfsdienstgesetz hat den Arbeiterausschüssen wichtige Aufgaben zugewiesen. Ihnen obliegt es, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeiterschaft zu wahren und zu fördern. Dafür gehört es nun selbstredend nicht, daß die Ausschüsse es ruhig mit ansehen, wie man die Wünsche der Arbeiter unbeachtet läßt oder brisiert. Es darf gewiß anerkannt werden, daß es viele Firmen gibt, die sich bemühen, den Arbeiterausschüssen ihre Tätigkeit zu erleichtern und die ihnen auch bei ihrer ganzen Aktivität höchstes Verständnis entgegen bringen. Ebenso geschah dieses auch durch die im Vorjahr getroffenen Bestimmungen des Generalkommandos des 7. Armeekorps, laut welchen Ausschüsseglieder erst auf besondere Anweisung hin einzuberufen werden dürfen. Leider muß nun gesagt werden, daß die Art und Weise, wie heute von vielen Firmen die Ausschüssemitglieder behandelt werden, alles andere bedeutet, nur nicht die Förderung des Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es müssen hier endlich geeignete Schritte getan werden, um die in Frage kommenden Firmen zu einer anderen Stellung zu veranlassen. Sonst würden Auseinandersetzungen entstehen, die man im Interesse der jetzigen Zeit durchaus nicht wünschen möchte. Wir führen hier nur einmal das Verhalten von zwei Firmen des Hagenes Bezirks an: 1. Hagenener Gußstahlwerk. Der Ausschuß dieser Firma konnte seit seinem Bestehen kaum eine einzige Sitzung mit der Direktion abhalten, in welcher auf die Wünsche der Arbeiter näher eingegangen worden wäre. Jeder Antrag erfuhr den Einwand, daß er nur „von den Gewerkschaften gemacht“ worden sei. Ende Juni d. J. wünschten die Arbeiter des Martinwerkes eine Lohnherabhöhung und beauftragten den Ausschuß bei der Firma dahingehend vorstellig zu werden. Der übliche Stundenlohn dieser Firma beträgt: für den 1. Schmelzer 80 Pf., für den 2. 75, für den 3. 65 Pf., für Generatorenarbeiter 75 Pf., Grubenarbeiter 80 Pf. usw. Im Altkord wird zwar ein höherer Verdienst erzielt, doch laut den uns vorliegenden Lohnraten braucht es ein 1. Schmelzer in fast 180 Stunden — 14 tägigen Lohnperiode — auf ganze 204,00 Mark, ein 2. Mann in 190 Stunden auf 191,00 Mark, ein Generatorenarbeiter in 212 Stunden auf 210 Mark. Derartige Verdienste lassen es ganz gewiß berechtigt erscheinen, wenn die Arbeiter Lohnherabhöhung beantragen, ganz besonders, wenn man nicht nur die Schwere der Arbeit berücksichtigt, sondern auch noch nimmt, daß die Firma im letzten Geschäftsjahr auf 4,5 Millionen Umlaufkapital über fünf Millionen Mark Eingewinn verteilen wollte. Trotzdem erklärte der Vertreter des Werkes, als der Ausschuß den Antrag einreichte: „wie der eine Mache der Gewerkschaften gemacht“. Der Wunsch auf Zugleich zweier Leute des Martinwerks bei den Verhandlungen wurde abgeschlagen. Wohl aber sollte man mit der Belegschaft direkt verhandeln nicht aber mit dem Ausschuß die Forderungen beraten. Wenn das nicht geschehe, würde der Antrag der Belegschaft abgelehnt. Also: glatte Ansicht des Ausschusses, auch wenn die Forderungen noch so berechtigt sind. Die Arbeiter haben sich mit dieser Stellung der Werksleitung nicht zufrieden geben und beschlossen, auf ihren Standpunkt zu verharren, daß nämlich der Arbeiterausschuß verhandelt sollte. Doch man fragt sich mit Recht: wird so die Tätigkeit der Ausschüsse mitglieder erschöpflich gestaltet, wird so die ganze Einrichtung nicht zu einer bloßen Dekoration? Wir können uns der Ansicht nicht verschließen, hier wird bewußt und nachvoller Absicht darauf hingearbeitet die Tätigkeit der Ausschüsselahm zu legen, den Ausschüssemitgliedern ihre Arbeit, die auch im vaterländischen Interesse liegt, zu verleidern.

Was folglicher sieht es bei der zweiten Firma aus, die wir neueren wollen, bei: Harkort & Sohn-Werke. Diese verfügt über ein gewöhnliches Werk, bestimmt gemacht durch die hohe breitende Tätigkeit eines frischen Harkort, über ausreichende

Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft. Hartordt u. Sohn wußten in der neuzeitlichen Zeit anscheinend aber auch „herum“ machen durch die systematische Unterbildung jeder selbstständigen Begegnung ihres Arbeiterschaft. Doch fleißiger Unterführung des begründeten „Zei“ Werksberens wählten die Arbeiter sich seiner Zeit. „... z. Ausschuss, der nicht den gelben Ideen folgten.“ „... hält mich jetzt der Arbeiterschaft. Mag der Ausschuss Wünsche vor tragen, wie er will, sie werden abgelehnt. Im September 1917 beantragte die Belegschaft den Ausschuss, Lohnforderungen einzulegen. 4 Wochen vergingen, ehe der Ausschuss überhaupt eine Antwort bekam und auch da erst auf energisches Drängen hin. Selbstverständlich lehnte man ab. Der Schlichtungsausschuss mußte angerufen werden und im Januar 1918, nach Monaten kam es zu einer „Einigung“. Wiederholte haben die Ausschusmitglieder, doch den Herrn Direktor bei den Verhandlungen zu sehen, um mit diesem direkt zu verhandeln. Gibt es nicht! Der Vertreter hört die Wünsche an und totsicher lautet der Bescheid: abgelehnt.

Selbst vor drakonischen Mitteln schreit man nicht zurück, um die Ausschusmitglieder zu treffen. So wurden im Mai plötzlich 2 Mitglieder des Ausschusses eingezogen. Die Firma hat aus „militärischen Notwendigkeiten“ wären sie freizugeben. Die Werksleitung — welche fast nur mit Heeresauftrügern beschäftigt ist — zahlt nun den Familien der einberufenen Arbeiter eine monatliche Unterstützung von 20 Mark. Die Ehefrau des einen Ausschusmitgliedes ging nach der Einberufung ihres Mannes zum Büro um die Unterstellung zu holen. Doch, was wurde der Frau des nun für sein Vaterland kämpfenden Arbeiters erklärt: „Ihr Mann hat uns die Arbeiter unzufrieden gemacht, eine Unterstellung erhalten Sie nicht.“ Die Frau hat fünf unmündige Kinder zu ernähren und die übrigen Ausschusmitglieder unternahmen es deshalb wegen der Verweigerung der Unterstellung bei der Firma vorstellig zu werden. Sie wiesen darauf hin, daß gerade dieser Mann sehr ruhig und sachlich tätig gewesen, seine Pflicht als Arbeiter doch auch immer getan habe. Verriegelt nicht! Nach Angabe des Werkbeamten war das Ausschusmitglied dann nicht bereit. Der Ausschuss bat, dann doch den Mann zu nennen, der diese schmutzige Tat verübt habe. Doch auch dieses lehnte man ab und zwar mit der geradezu bohndvollen Bemerkung, man habe dem betr. Denunzianten das Vertrauen gegeben, seinen Namen nicht zu透露n. Wir haben den ganzen Vorfall zunächst für unmöglich gehalten und um sicher zu gehen, wandten wir uns durch Einschreibebrief an die Direktion von R. Hartordt u. Sohn um Auskunft. Doch weder das Eine noch das Andere kam zur Beantwortung. Weil also — das ist der wahre Grund — ein Ausschusmitglied seine Pflicht getan hat, dafür bestraft man seine unschuldigen Familienangehörigen damit, daß man ihnen die heute so notwendige, finanzielle Unterstützung verweigert. Wäre es deshalb geschehen, weil der Mann schmählich benannt worden war, so ließe das nur noch eine schärfere Beurteilung des Ganzen zu.

Wir fragen aber mit Recht: wo hing solles kommen, wenn man so weiter arbeitet. Bis jetzt hat die Arbeiterschaft des Bezirks Hagen in Selbstloher Sorge alle gehabt, um die so notwendige Heeresproduktion sicher zu stellen. Dafür kann aber nicht auch verlangt werden, daß die Betriebe dies erledigen? Kann die Arbeiterschaft nicht erwarten, daß den Ausschusmitgliedern und ihrer Tätigkeit das notwendige Verständnis entgegen gebracht wird? Geschicht das nicht, so füllt jenen Unternehmern die Verantwortung für die Folgen zu. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich so behandeln zu lassen und sie wird nicht eher ruhen, bis auch die Arbeiterschaft ihre Tätigkeit unbehindert durch Chancen und Ränder, ganz gleich, woher sie kommen mögen, annehmen.

## Eine Organisation der Kriegsbeschädigten

Unter dem Titel „Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer“ nunmehr ins Leben gerufen. Am 25. Juni 1918 hat in Berlin die Gründungsversammlung stattgefunden. Die seite und breite Grundlage, auf der die neue Organisation aufgebaut ist, bietet die letzte Gewähr für eine schnelle Entwicklung und umfassende Ausbreitung. Um ihr einen möglichst breiten Resonanzraum zu verschaffen und der unerlässlichen Zersplitterung in den Organisationsbezirken der Kriegsbeschädigten Einhalt zu gebieten, haben sich eine Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Organisationen zusammengefunden, um die Frage der Kriegsbeschädigten-Organisation gemeinsam zu lösen. Es sind das die christlichen Gemeinschaften, die jüdisch-christlichen Gemeinschaften, die katholischen und evangelischen Arbeitervereine, die Arbeitergemeinde

schaften der Kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände mehrere Eisenbahnerverbände und Rentenversicherungsgesellschaften. Sie stehen als Gründer und Träger hinter der Kriegsbeschädigten- und Kriegsteilnehmerorganisation und bauen sich in den Säulen der Neugründung gegenseitig verstiftet, die Kriegsbeschädigtenfrage in dem vereinbarten Stile in allen Nachdruck zu fordern, die neue Vereinigung nach Kräften zu unterstützen.

Der Sitz des Verbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer ist Berlin, wo eine Hauptgeschäftsstelle errichtet und ein Verbandsorgan herausgegeben wird. Mit dem Münchener Bund der Kriegsbeschädigten ist eine Verschmelzung angesucht. Dessen Verbandsorgan „Der Fahrlässig“ soll vorläufig als Organ des Verbandes gelten und später übernommen werden.

Mit der Essener Wirtschaftlichen Vereinigung von Kriegsbeschädigten Vereinen haben ebenfalls Verhandlungen zwecks eines Zusammengangs stattgefunden, die aber zu keinem Erfolg geführt haben. Mit der Essener Vereinigung ist keine Zusammenarbeit möglich, weil die Leitung dieser Vereinigung kaum betreten hat, die ein gefürchtetes Organisationsleben ausschließen und einer brüderlichen Arbeit hinderlich sind. Ein Teil der Mitglieder der Essener Vereinigung ist mit der ehemaligen Leitung im höchsten Grade unzufrieden; sie werden sich sehr bald der neuen arbeits Organisation anschließen. Ihnen eine höhere Gewalt für eine gemeinsame, rührige und erfolgreiche Interessenvertretung bietet.

Die Beiträge im neuen Verband der Kriegsbeschädigten sind auf 5 Mark pro Jahr oder 50 Pf. pro Monat festgesetzt worden. Das Eintrittsrecht kostet 1 Mark, braucht aber von den Mitgliedern der Gründungsvereinigungen nicht entrichtet zu werden. Mitglied in dem neuen Verband können alle Kriegsbeschädigten und alle Kriegsteilnehmer, waren die in der Front, Ende oder Garnison zum Kriegsdienst herangezogen waren. Das Arbeitsprogramm des Verbandes und die höheren Einheiten aus den Säulen werden demnächst bekannt gegeben werden.

Die Gründung des neuen Verbandes hat von im Bereich an dem Sozialdemokratischen Reichsbund (bis Berlin) als die bürgerlich-nationalen Krieger-Vereine im Rahmen kaum besonders zu berücksichtigen, weil seit endlich ein Sammelpunkt für die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer geschaffen ist, die sich zusammengefunden, aber den sozialistischen Parteibewegungen keinen Verdacht leisten wollen. Über den tatsächlichen sozialdemokratischen Charakter des neuen Reichsbundes kann vor kein Zweifel bestehen. Die Gründungsziele und Entwicklung dieses Bundes sind unwiderrückbare Beweise dafür.

Nicht wissen die christlich und national geprägten Kriegervereine, waren sie sind und in welcher Organisation sie ihren Zusammenhalt fördern sollen. Der überlieferte Verbindlichkeit in kleine und kleinere Vereine, die der Sache der Kriegsbeschädigten und rechtsradikal sind, wird nunmehr Einhalt gehalten werden können. Es ist jetzt Aufgabe der christlich-nationalen Organisationen und sozialen, an der Gründung beteiligten Verbänden, in allen Orten die Entwicklung der bürgerlich-nationalen Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer in die Hand zu legen. Es darf nicht gezögert werden, die sozialen Zeiten ist bereits nicht bestreiten. Wenn die Arbeiterschaft jetzt auf der ganzen Linie vor allen bürgerlichen Organisationen einschließlich betrieben wird, ist der neuen Organisationen zweifellos eine große Zukunft beschieden.

## Allgemeine Rundschau

Der Arbeiterschaft geht's gut.

Das Wort von den phantastisch hohen Arbeitserlösen ist in unserer Zeit ein Schlagwort geworden, das sich äußerst leicht ins Volk hinausbreiten läßt und auch geglaubt wird, weil ein großer Teil des Volkes, die „gebildeten“ Stände nicht umgenommen, zu gleichmäßig oder zu faul ist, einmal eine Schatztruhe nachzuladen, um die Wahrheit zu finden. Die albernen Sachen finden glaubige Jünger, nimmt die werden verallgemeinert und noch weitervergrößert. Täglich besteht ja eine bestimmte Presse, immer wieder die Rede auf die „überaus hohen“ Arbeitserlöse zu bringen. Sehr werktäglicher Seite ist das nun gerade eine Presse, hinter welcher der Großhändler, die Großhandelswirtschaft, die Großindustrie steht, die definitiv leidende der Kriegs- und die größten Gewinne erzielten. Durch ein solches Manöver verfügt man — und wie man sieht — mit Erfolg, den bürgerlichen denationalen Michel von den wahren Gewinnträgern abzulenken und ihm die Arbeiter als die häufiger, unerlässlichen Vorzeichen.

einen jährligsendigen Hammer schwingen und die langen Eisenbarren in eine meterlange Stütze zertrümmern. — Das Arbeitern ist noch unvermeidbar. Es mag dabei einen Verzweigungsberg in den Martin-Schweißöfen durchmachen, in denen es durch Riffung mit Stileisen und sonstigen Zuschlagsstoffen zum Eisenstahl gebrachten wird. Die Hitze ist ebenfalls etwa 2000 Grad im Ofen. Mit blauen Brillen bekleidet, werden wir in schwingender Eröffnung durch ein Radloch in das Feuer hinein, wo die Eisenbarren und die Eisenbeschläge sind. Fahrer der Schweißöfen also, gründlich gesäubert und mitzanderer verziert werden, um nach einigen Stunden als edles stählerne Stahl in verschiedenen großen Formen zu Blöden gegossen zu werden.

Unter Steinen gelangte auf seine Höhe in den gesetzten Schweißöfen, wo die feinen und großen Stahlplatten und Stiele für die Schweißtechnik gebraucht werden. Eine von oben herabführende große Säge greift in den Ofen, in dem die gegossenen Eisenblöcke zum einmal fertiggestellt werden. Und trage sie vor die Türen, zu der Schweißstelle bringen vier große Türen, auf jeder Seite der Schweißstelle zwei, mit zwei Meter langer Schieberringen versehen, die verhindern, daß Blöde in Einführung und werden sie zwischen die sich drehenden Stahlrollen ein und her im Ofenraum. Zweier breiter und unverzweigter sind der Stiel, die er schließlich aus Schweißblech statt geschnitten ist und zur Abföhlung bereit gestellt wird. Die Arbeit an den gleichen Platten ist außerordentlich schwer und mühsam. Die Arbeit gelingt im Schnell und ist sehr erstaunlich. Das Schweiß, was mit gelassen haben, ist das in einem der gleichen Stellen zu gewinnterden. Der Schweiß ist ein wunderbares Kochspiel. Als solches kann es nicht sein, die immer zu drei geworden

Vor kurzem ließ nun folgende Notiz durch die Presse (Arbeiter mit Mindestlohn!) auf dem Verbandsstag der Klempner und Metallarbeiter in München machen der Obermeister der Berliner Klempnerinnung aufsehen erregende Mitteilungen über Fleischdienste im Beruf. Ein Praktionsarbeiter erhält höchstens (bei 52 Stunden Arbeitzeit), also eigentlich  $\frac{5}{8}$  Stunden 980 Mark. Wochenhöhe von 200 M. ist etwas alltägliches. In Berlin arbeite kein Fleischer unter 100 Mark die Woche!

Auch ein Arbeiter soll höchstens, etwa 1000 M. verdient haben. Name her! Wochenhöhe von 200 M. sollen etwas Alltägliches sein, unter 100 Mark die Woche soll kein Fleischer in Berlin arbeiten. Das letztere mag zutreffen und ist bei den ehrlichen Berliner Fleischern auch wahrlich nicht zuviel. Die übrigen Angaben dienen aber sehr stark in Zwischen gezeigt werden. Aber, gesehen den Fall, selbst wenn sie zutreffen, wäre doch einmal die Frage erlaubt: Wenn Arbeiter solche Summen verdienen, was mieten dann erst die Fabrikanten und Kaufmeister verdienen? Es ist doch gewiß nicht anzunehmen, daß diese mit einem geringeren Verdienst sich begnügen, als sie ihren Arbeitern zulassen lassen. Es wäre doch immerhin interessant gewesen, wenn der alte Obermeister der Berliner Klempnerinnung auch darüber einige Zahlen angegeben hätte. Doch darüber hat der kluge Herr sich vollständig ausgeschwiegen, wie es in neuerer Zeit überhaupt geworden ist, mit großen Ratschlägen auf die hohen Arbeitserlöse hinzuweisen, dagegen über die Unternehmungen und Verdienste dieses Brabes zu bewahren. Man merkt die Absicht und wird versucht. Nun wenn man beides in Vergleich ziehen wollte, würde sich herausstellen, daß Arbeiterlöne und Unternehmungen sich zu eiskalter verbauen, wie Marx und Engels. Das durch solche Verzerrung der tatsächlichen Verhältnisse die Arbeiterschaft ausführlich verbittert werden muß, sollte man doch endlich einsehen. Der so notwendigen Verbindung zwischen den einzelnen Volksstufen wird mit solchen Mitteln der bestärktesten Dienst erweisen.

Um übrigens aber gilt von dem Bericht über die hohe Arbeitserlöne ein Wort, das sogar die „Deutsche Arbeitgeber-Partei“ darüber schrieb: „Solche übertriebenen“ Angaben sind unrichtig“. Das Wort sollte sich mancher merken und handeln auch als ehrlicher Mensch handeln.

\*  
Der christlich-nationalen Handarbeiterverband (bis Bielefeld) zählt zurzeit in 210 Ortsvereinen ca. 5500 Mitglieder gegen 4886 am Schlusse des Jahres 1917. Er hat damit seine Mitgliederzahl bei Kriegsausbruch um rund 2000 überschritten. Die niedrigste Mitgliedszahl während des Krieges betrug 1750. Im Jahre seien etwa 2500 Mitglieder, so daß er insgesamt mit rund 8000 Mitgliedern rechnen kann. Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen haben sich von 36 462 M. im Jahre 1914 auf 52 584 M. im Jahre 1917 erhöht. Die ersten vier Jahre 1918 betrug die Einnahme aus Mitgliederbeiträgen rund 18 600 M.

## Fachlehrbücher.

Jeder Metallarbeiter weiß wie wichtig gerade für seinen Beruf Fachlehrbücher sind, durch die er sich in dieser oder jener wichtigen Frage orientieren oder auch weiterbilden kann. Wir lassen hier eine Anzahl Fachlehrbücher für das Metallgewerbe folgen. Unsere Kollegen mögen sich diese Notiz aufheben, damit sie Achtspunkte haben, wenn sie sich ein Buch über ihren Beruf kaufen wollen. Diese nachstehenden Werke sind durchweg von ersten Fachleuten verfaßt und mit vielen Abbildungen versehen und durch jede größere Buchhandlung zu beziehen.

Der Metallarbeiter, M. 8,60. Der Schlosser M. 17,20. Der Kutschflosser, M. 12,—. Der Gasschlosser, M. 7,—. Metallarbeiter-, -polieren, -färben, M. 6,60. Legier- und Lötm. M. 10.—. Die Metallgießerei, M. 18,—. Der Galvanotechniker, M. 8,60. Der Fahrradreparateur, M. 6,—. Der Fußbeschlag, M. 8,60. Die Kunstmühedereien, M. 12,—. Der Kupferschmied, M. 19,—. Der Wasserversorgungsinstallateur, M. 10,—. Wormsalteranlagen, M. 8,60. Die Wasserförderung, M. 16,—. Der Maschinenbauer, M. 23,50. Der Mechanist, M. 10,50. Der Eisenbahnbau, M. 39,—.

## \*

Die christlichen Gewerkschaften Hollands haben eine gute Entwicklung aufzuweisen. Am 1. April 1918 waren dem Gesamtverband angegeschlossen 18 Verbände mit 31 683 Mitgliedern. Die Mitgliederzunahme betrug im ersten Quartal 1918 5915, die Zahl der freigestellten Beamten stieg von 24 Anfang 1917 auf 37 am 1. April 1918. Es betrug die Mitgliederzahl der dem Gesamtverband angegeschlossener Organisationen im Jahre 1910 6580 im Jahre 1918 dagegen 34 683. Einzelne Organisationen zeigen auch jetzt noch eine verhältnismäßig sehr günstige Entwicklung, so die Bautarbeiter,

metter diese Blöde wird auf einer Reihe nebeneinander stehender Walzmaschinen, deren Rollen mit entsprechend tiefen Rillen auf dem Walzkörper verschoben sind, hindurchgezogen. Starke, flinke Männer sind hier mit langen Zangen die immer länger und dünner werdende glühende Schlange zwischen die Walzen, und schließlich ringelt sich ein 20 Meter langes, riesiges glühendes Ungetüm in großen Windungen auf dem Boden, ein wunderbares Bild. Hat dieses Wesen die gewünschte Stärke, packt es die Burschen an den beiden Enden mit ihren Zangen an, ziehen es kraus und werfen es zum Haufen der anderen. Erst jetzt kommt dieses Stabeisen unter die Schere, die es in handliche Längen schneidet. In der Schiffsindustrie werden diese Stäbe dann zu dicken Schrauben und Nieten verarbeitet. Wer nicht schafft bei der Arbeit aufpaßt, kontrolliert von dem Hauch der glühenden Schlange arge Verlebungen davontragen.

Was, was wir bis dahin gesehen hatten, hörten unter den gewandten Händen eingebüster Arbeiter ganz selbstverständlich und verlustlos sich abzurütteln. Wir wurden aber auch Zeugen, daß durch ein ganz geringes Verschulden, indem die glühende Platte durch die jüngst angebrachte Risselholze nicht genau gerichtet durchgehoben wurde, der wertvolle Stahl schief hinuntergeriet, irgendwo ansetzte, sich wie in Schmerzen mächtig krümmte und verlor sein Leben. Es mochte nun große Umstände und verursachte einen Zeitverlust von mindestens einer halben Stunde, da das heiße Stahlblech aus einer kalten Stimmung befreit wurde und zurück natürlich wieder zurück in den Martinsofen.

Nebenall, wo wir hinblickten, rostlose angepannte Teile. Sie wunderten uns, daß in diesen hauptsächlich ausgewählten Materialien derart ausgesetzte Zeiten möglich seien.

G. R.

Landarbeiter, Metallarbeiter und Bergarbeiter. Der christliche Bergarbeiterverband hatte im ersten Quartal 1918 eine Steigerung der Mitglieder um 92 Prozent erreicht. Auch bei den Berufen, die früher stagnierten, geht es vorwärts, besonders bei den Kontor- und Handelsbediensteten und Textilarbeitern. „Die Oids“ (das Organ des Gesamtverbandes) weist darauf hin, daß am 13. Mai 1918 der Gesamtverband auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken könne. Bis dahin gelte es, alle Kräfte anzuspannen, um das erste Decennium mit 50 000 Mitgliedern abzuschließen. Diesem Wunsche schließen wir uns an.

\*

**Wer hastet für gestohlene Arbeitersleidungssüde?**  
Auf diese Frage hat das Gewerbege richt Augsburg eine für die Arbeiter wichtige Entscheidung gefällt. Folgender Satzstand lag laut „Volksräts“ zugrunde. In einer großen Brauerei waren einem Arbeiter als dem nicht verschließbaren Aufbewahrungszimmer Kleider und Schuhe im Werte von 160 Mark gestohlen worden. Da im gleichen Betrieb schon vorher Diebstähle von Arbeitersleidern vorgekommen waren, wurde die Betriebsleitung von den Arbeitern wiederholt erachtet, den Aufbewahrungsräum verschließbar zu machen oder den Arbeitern verschließbare Kleiderschränke zur Verfügung zu stellen. Die Direktion kam, indessen dem Ansuchen nicht nach, vielmehr begnügte sie sich damit, durch einen Abschlag bekanntzugeben, daß die Firma bei Diebstählen von den Arbeitern gehabten Gegenständen eine Haftung nicht übernimmt.

Der bestohlene Arbeiter verklagte nun von der Firma Schöbiersch, wurde aber damit abgewiesen. Das Gericht, an das er sich nun wendete, entschied nun nach längerer Verhandlung am 12. Juni, daß die beschlagte Firma an den Arbeiter 160 Mark nebst vier Prozent Zinsen für die ihm abhanden gekommenen Kleidungsstücke zu zahlen hat. Das Gericht hielt es für nachgewiesen, daß die Firma wiederholtes Hingewiesenheit hätte, ohne daß dem Mißstand abgeholfen wurde, obwohl technische Schwierigkeiten nicht bestanden. Der bloße Abschlag mit der Ablehnung der Haftung der Firma für gestohlene Gegenstände der Arbeiter des Betriebes sei ungeeignet und eitelche die Firma nicht vor der Verpflichtung Befreiung zu treffen, um Diebstähle hinzanzuhalten. Nachdem die Firma trotz Aufforderung das Ullige und gerechte Verlangen des Arbeiters nicht erfüllt habe, so steige ein Verstoß gegen die im Vertrag erforderliche Tatsatz vor, zu deren Beobachtung der Arbeitgeber nach Par. 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet sei.

## Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge innerer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist der Sonntag, den 7. Juli der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. Juli fällig.

\*

Die Ortsgruppe Pforzheim erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Sonderbeitrages von 30 Pf. für männliche Vollmitglieder; 15 Pf. für weibliche und jugendliche. Für die Jugendklasse 10 Pf.

Die Verwaltungsstelle Ehren erhält die Genehmigung zur Erhebung eines weiteren Volksbeitrages von 20 Pf. für die Vollmitglieder und 10 Pf. für weibliche und Jugendliche, sowie 5 Pf. für die Jugendklasse ab 1. Juli 1918. Die wöchentlichen Beiträge betragen also ab 27. Woche: 1,30 Mr., 1,00, 0,80, 0,50 und 0,20 Mr.

Die Ortsverwaltung Schwäbisch-Gmünd erhält die Genehmigung zur Erhebung ihres Katalyzuschlages von 10 auf 20 Pf. für Vollmitglieder und von 5 auf 10 Pf. für weibliche und jugendliche Mitglieder ab 1. Juli 1918.

Nichtbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

\*

### Kartenunterstützung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstützungsfällen sich sofort beim Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Karrenzeit wird nicht für die zustellende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in Besitz der Unterstellung kommen wollen.

\*

Der Bericht über die Verhandlungen des vierten Deutschen Arbeiterkongresses, der Ende Oktober in Berlin stattfand, ist jetzt erschienen. Ein Stütz ist den Verwaltungsstellen für ihre Bibliothek angestellt worden. Es wird den Verwaltungsstellen mit 2,50 Mark in Rechnung gestellt. Der Betrag sollte mit der nächsten Wirtschaftsjahrsabrechnung an die Hauptverwaltung mit einsenden.

Der Bericht ist 257 Seiten stark. Er enthält alle auf dem Kongress gehaltenen Vorträge, sowie die dazu gemachten Ausführungen der Delegierten. Den Mitgliedern kann die Abfassung des Berichtes dringend empfohlen werden. Bestellungen durch die Vorstände sind direkt an die Hauptverwaltung nach Duisburg zu richten. Der Bezugspreis für die Mitglieder beträgt ebenfalls nur 2,50 Mark.

## Aus dem Verbandsgebiet.

**Bremen.** Die letzte Versammlung unseres christlichen Gewerkschaftsverbandes in der Marienburg war gut besucht. In ihr sprach Kollege Schriftleiter Wieber-Duisburg über „Unternehmertum und Arbeiterschaft im neuen Deutschland“.

Kollege Wieber erinnerte einleitend an die herzlichen Siege der ersten drei Kriegsjahre, die geeignet waren, das ganze deutsche Volk mit Stolz, Mut und Begeisterung zu erfüllen. Doch im Jahre 1917-18 wurde es im Volke still. Die innerpolitische Zwietracht schuf besonders in den Reihen der unteren Volkschichten Unbehagen und Misströmung. Die Art, wie man die Frage des gleichen Wahlrechts für Preußen behandelte und zur Zeit noch behandelt, gebe zu schließen, daß im Staatsinteresse liegenden Besichtigungen Anlaß. Die deutschen Arbeiter haben wahrsch. gezeigt, daß sie in der letzten Not des Vaterlandes als die treuesten Söhne im Freiheitlichen und Streitenden daheim und draußen von anderen Ständen nicht übertraten lassen. Die wirtschaftliche Bedeutung

ihres Standes und die stete Treue zum Vaterland verlangen energetisch, daß der Arbeiterschaft endlich die Gleichberechtigung auferkannt werde. Alles dem ändert auch die Potsche nichts, die hier und da angezettelt wurden.

Besonders die christliche nationale Gewerkschaftsbewegung darf das Verdienst für sich beanspruchen, den aufschwürtigen Arbeitsmobilisierungen einiger Hunderttausend Führerführter einen Damm entgegengesetzt zu haben, der Deutschlands Waffen- und Schmiede in Rheinland-Westfalen vor dieser Putschwelle erfolgreich schützte. Deshalb sei es besonders bedauernlich, daß gerade die Vertreter der Schwerindustrie sich in so unverständlicher Weise gegen fast all' noch so berechtigt erhobenen Forderungen auf mehr Arbeitserichte stimmten. Was wäre Deutschlands Industrie ohne unseren geistig regsamsten Arbeiterstand? Nach dem fürchterlichen Aderlaß, den wir durch den Krieg erlitten und noch erleiden, heißt es, mit dem geschwächten Volkskörper doppelt vorsichtig zu wirtschaften; wollen wir die verlorene Arbeitskraft der Millionen Toten, Krüppel und Eichen in etwa erlegen, die in dem Arbeiterstande befindlichen, bisher niedergehaltenen Geisteskräfte aus Licht zu bringen und in den Dienst des Staates zu stellen, dann läßt es nicht mehr heißen: wer bist du, woher stammst du, — sondern: was tanzt du. Nur so dürfte das Kantzlerwort — freie Fahrt dem Flüchtigen, Sinn und Inhalt bekommen. Dann gelte es, den uns entrissenen Weltmarkt wieder zu erobern, und dazu müsse ein besseres Verhältnis zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft Platz greifen. Der gute Wille der Arbeiterschaft hierzu sei da. Besonders die christliche Gewerkschaftsbewegung habe stets und ständig einer gesunden Gewerbesolidarität das Wort geredet. Solange aber das Unternehmertum durch Gründung gelber Minnenvereine in das Interesse des Arbeiterstandes störend einzudringen versucht, dem organisierten Arbeiterstande die rechtliche Anerkennung und Gleichberechtigung nicht zuerkennen werden wirtschaftliche Auseinandersetzungen die Folge sein. Die so dringend notwendige Wiedereroberung des Westmarktes mit guten und billigen Waren darf aber durchaus nicht gleichbedeutend sein mit niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit. Kurze Arbeitszeit und gute Entlohnung seien volkswirtschaftlich gewinnbringender. Vorauseitung sei allerdings, bei der Arbeiterschaft Pflichttreue, Verantwortung und Verantwortlichkeit. Diese zu pflegen, sei die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung. Das Heer der Unorganisierten müsse von den Arbeitervorganisationen möglichst restlos erfaßt werden. Die christlichen Gewerkschaften fühlen sich frei von radikalen sozialistischen Schlagwörtern; sie haben als seit den Unternehmern als notwendigen Produktionsfaktor anerkannt. Im neuen Deutschland werde dieses Auseinandergehen noch dringender als je. Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung müsse das A und O für jeden christlichen Arbeiter sein. Der Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftsrates, Kollege Dosler, gab hierauf noch einen kurzen Bericht vor, der am 21. April d. J. in Hamburg abgehaltenen Werkarbeiterkonferenz und schloß mit der Aufforderung, alles zu tun, um der christlichen Gewerkschaftsbewegung hier am Orte auch weiterhin die Wege zu ebnen, den anregend verlaufenen Vortagsabend.

\*

**Berlin.** Die hiesige Verwaltungsstelle unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes hält vor kurzem ihre Mitgliederversammlung im Deutschen Gärtnerheim ab. Bei Eröffnung der Versammlung gedachte der Vorsitzende der Mitglieder Seipelt und Menschner, welche in letzter Zeit verstorbene sind. Nach dem Kartellbericht, der vom Kollegen Fähnrich anstelle des zum Heer einberufenen Delegierten, Kollegen Reiz, gegeben wurde, erklärte der Vorsitzende der Versammlung dem Kartellvorsitzenden Kollegen Jos. Beder, daß das Wort zu seinem Vortrage: „Die Neorganisierung des Groß-Berliner Gewerkschaftsratels“. Der Vortragende gab den Zuhörern in groben Umrissen ein Bild von der erfolglosen Arbeit des Kartells. Er wies hin auf die Vertretung bei den Kommunen und bei den staatlichen Behörden in den verflossenen Kriegsjahren. Beder betonte der Redner, daß es in der Zukunft nicht mehr möglich sein wird, die Kartellgeschäfte nebenamtlich zu verwalten. Wollen wir eine der Bedeutung unserer Gewerkschaftsbewegung entsprechende Vertretung in der Öffentlichkeit und den geschaffenen Einrichtungen nach dem Kriege aufrecht erhalten, so muß sich die Groß-Berliner christliche Arbeiterschaft dazu entschließen, in finanzieller Hinsicht etwas mehr zu tun, als wie es bislang der Fall war. — An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache, welche den einstimmigen Beschluss zeitigte, den Kartellbeitrag von 0,40 auf 1,20 Mark jährlich zu erhöhen. Vom Kartell werden 10 Pf.-Marken an die Ortsgruppen ausgegeben und jedes Mitglied ist verpflichtet, ab 1. Juli 1918 monatlich dem Vertrauensmann eine solche Marke abzunehmen. Auch damit erklärt sich die Versammlung einverstanden. — Der Vorstand wurde ergänzt durch die Wahl des Kollegen Kraneboer zum 1. Schriftführer.

Dann nahm der Vorsitzende das Wort und sprach den Kollegen seinen Dank dafür aus, daß sie die Zeichen der Zeit erkannt haben und auch die notwendigen Opfer gerne bringen wollen. Wenn das immer so ist, dann braucht uns um die Zukunft nicht bang zu sein.

Kollege Fähnrich forderte nun die Kollegen auf zur ersten Mitarbeit und zur Übernahme von Vertrauensämtern posten; denn mehrerer solcher Posten sind in kurzer Zeit verwaist und müssen nun wieder neu besetzt werden. Esfreilicherweise melde sich unter anderem auch zwei jugendliche Mitglieder: E. Kühne und P. Schötz, welche gewillt sind, als Vertrauensleute zu arbeiten. Nicht so ihr jugendlichen Kollegen! Seid uns willkommen. Mit einem Aufruf zur freudigen und nimmermüden Werbearbeit schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Christliche Metallarbeiter und Arbeitersinnen Groß-Berlins! Es gilt die Zeit auszunützen und dafür zu sorgen, daß unsere Reihen gestärkt werden. Rüttelt die Läden auf. Alle christlich-nationalen Arbeiter und Arbeitersinnen müssen den christlichen Gewerkschaften zugeführt werden.

Lehnen wir die Adressensammlung und die Hausagitation ab; der Erfolg wird nicht ausbleiben, wenn wir alle unsere Pflicht tun!

\*

**Duisburg, Mülheim, Oberhausen.** Eine machtvolle Kundgebung der Ausschüsse des christlichen Metallarbeiterverbandes, des deutschen Metallarbeiterverbandes und des Gedenkvereins G. D., stand am Mittwoch, 19. Juni in der Tonhalle in Duisburg statt, um Stellung zur Lohnfrage, Lebensmittelversorgung und zur Kleiderfrage zu nehmen.

Als Vertreter der Zivil- und Militärbehörde nahmen an der von etwa 2000 Vertrauenensleuten der Organisation besuchten Versammlung u. a. der Vorsitzende des Schwerarbeiter-

ausschusses des Reg.-Bez. Düsseldorf Herr Geheimrat Simons, Herr Oberbürgermeister Dr. Jarres, die Oberbürgermeister bez. Vertreter von Mülheim, Hamborn, Schede und Oberhausen sowie ein Vertreter des Generalstabs 7. A. K. teil.

Kollege Dohms (Loar) von unserem Verband schrieb einkommend die Verhandlung von Mitgliedern des Arbeitsteamschüsse mit den Behörden. Es führte an, daß Oberbürgermeister Dr. Jarres bei der Besprechung am 16. Mai es bedauert habe, den Arbeitern aus den Beständen der Schuhmühlenvorstadt keine Ladungen geben zu können, und sie an die Regierung nach Düsseldorf verwiesen habe. Dorthin habe im Befehl des Regierungspräsidenten Dr. Kruse, dreier Regierungsdirektoren und des Oberbürgermeisters Dr. Jarres eine neue Besprechung stattgefunden, in der von den Arbeitervorständen dargelegt wurde, wie die Notlage der Arbeiter infolge der mindestens 10 Tage im Stande sein würde, ihrer Arbeit nachzukommen. Der Regierungspräsident erkannte an, daß sich die Düsseldorfer Arbeiter während des Krieges immer tapfer und treu verhalten habe. Wenn es denn nicht anders ginge, so möchten die Arbeiter mal ab und zu eine Sicht feiern. Bei den hohen Löhnen der Arbeiter würde dies wohl nicht zu schwer in die Tasche fallen. Selbstverständlich darf dies nicht zu einer allgemeinen Arbeitsentlastung führen. Die Arbeiter machen gestern, daß sie bei berätigen Feiertagen bestreikt werden würden. Außerdem sollen ihre Höhe nicht derart gestellt, daß sie einen solchen Ausfall tragen können. Sie rechnen dort, daß eine achtstündige Sicht in einer Woche eine Ausgabe von 165 Mark gebraucht habe, tut nicht die notwendigsten Lebensmittel aus. Der Regierungspräsident verzichtete auf die notwendigste, das Schleimhändlersverbot mit aller Strenge durchzuführen, da sonst der ganze Lebensmittelplan über den Haufen geworfen werden würde. Am Ende des Befehls besprach die Regierung wurde darüber hingewiesen, ob das Ausflugsverbod der Landräte für Gemüse nicht aufgehoben werden könne. Oberbürgermeister Dr. Jarres habe darauf erwidert, daß mit durch die Viehsetzungsvorstände fest in aufstehendem Maße mit Gewalt verorgt sei. Die Viehsetzung halte aber fest mit dem Einlaß zurück, sodass die Städte allein an Gemüse einen Schaden von 30 000 Mark gehabt habe. Die Kommission habe erklärt, es sei dies ganz begreiflich, da die Preise zu hoch seien. Ein Arbeiter könne es sich nicht leisten, 3 Mark an Gemüse für eine einzige Mahlzeit auszugeben. Der Regierungspräsident habe auch auf den Standpunkt gestanden, die Werte zu einem billigeren Preis loszuschlagen, als sie verarbeitet zu lassen. Alles in allem habe die Kommission das Gefühl gehabt, daß die Behörden bestrebt seien, den Arbeitern nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Nach Ihnen brachte noch eine Anzahl Ausschüsse der christlichen Gewerkschaften der Arbeitervorstände vor, die in folgender Entschließung ihren Viedenkampf sandten.

Die heute im großen Saale der städtischen Tonhalle zu Duisburg stattfindende Konferenz der Vertrauenensleute der gewerkschaftlichen Organisationen von Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Hamborn erklärt nach Meinungsnahe der Ausschüsse des Herrn Regierungspräsidenten zu Düsseldorf gegenüber der Kommission der Arbeitervorstände in der Lebensmittelfrage folgendes:

1. Die Arbeiterschaft der Städte Duisburg, Mülheim, Oberhausen u. Hamborn hat bis jetzt ohne Arbeitseinstellungen die schwere Arbeit die in dem hiesigen Betrieb in Tag- und Nachtshift von ihr gefordert wird, geleistet. Durch die Führung der Brotration, sowie die in Aussicht stehende knappe Versorgung der Kommunalvertrände mit Kartoffeln und die mit Bestimmtheit zu erwartende noch schlechtere Versorgung mit Fleisch und Fisch ist die Ernährung für die nächsten Monate in Frage gestellt, so daß wir nicht mehr in der Lage sind, die Arbeit in dem bis jetzt geleisteten Umfang ohne ernsthafte Gefährdung der Gesundheit durchführen zu können. Denn gerade in dem hiesigen Industrie muß mehr wie im übrigen Deutschland sehr schwere Arbeit geleistet werden. Indem wir nur das Kriegsernährungsamt auf das kritische der Situation aufmerksam machen, erfüllen wir alles zu tun, um die Ernährung der hiesigen Arbeiterschaft sicher zu stellen.

2. Energisch protestiert die Konferenz gegen das zwischen einer Reihe hiesiger Großbetriebe gegen die Arbeiter verhaftete Strafssystem, welches die Freiwilligkeit der Arbeiter vollständig aufhebt und insgesamt eine Besserung des wirtschaftlichen Fortkommens unmöglich macht. Es liegt durchaus nicht im vaterländischen Interesse Arbeiter in der heutigen Zeit aus irgendeinem Grunde von der Arbeit auszusperrn.

3. Die Behauptung, daß die Arbeiter außerordentlich hohe Löhne verdienten, trifft durchaus nicht zu. Die Konferenz stellt fest, daß noch ein sehr großer Teil der Arbeiter zu Löhnen beschäftigt wird, die durchaus nicht den heutigen leeren Zeitverhältnissen entsprechen. Gleichzeitig muß gegen das in einer Reihe von Betrieben gegen die Arbeiter angewandte rigorose Strafssystem protestiert werden. Zu einer Zeit, wo der Arbeiter durch das Hilfsdienstgesetz zu den Betrieben gefesselt ist, muß das verbittert wirken.

4. Große Verbitterung tötet die Einbettung der Arbeitervorstandsmitglieder zum Spezialsdienst hervor. Besonders deshalb, weil bei Feststellung der Unmöglichkeit, nur die Arbeitgeber und der Fachhofsitzer entscheidend ist. Wie fordern in Zukunft, daß bei Einziehung der Ausschüsse der Schlichtungsausschuss gehört wird.

5. Die Arbeitervorstandsmitglieder der sämtlichen Werk werden beauftragt, angehends der schlechten Ernährungsmöglichkeiten bei den Arbeitgebern eine Belehrung der Arbeitszeit zu beantragen und zwar dargestalt, daß dieselbe nicht mehr als 56 Stunden in der Woche beträgt, sodaß Samstags um 2 Uhr nachmittags für die Tagschicht und 10 Uhr abend für die Nachschicht Arbeitsschluß eintrete. Der Tagschicht oder Schichtlohn ist um soviel zu erhöhen, daß ein Ausgleich für die ausfallenden Arbeitsstunden herbeigeführt wird.

Die Organisationsvertreter werden beauftragt diese Entschließung den in Frage kommenden militärischen und zivilen Behörden zuzustellen.

\* \* \*

**Hamm.** Die fortgesetzte Steigerung des Lohnes der Bergarbeiter, welche dieselben durch die Mitarbeit in der Organisation erzielt haben, hat jetzt auch zum Teil die Bergarbeiter in unserer Bezirk etwas zum Nachdenken über ihre noch kümmerlichen Lohnverhältnisse veranlaßt. Im hiesigen Bezirk kommen immerhin 700-1000 Bergarbeiter aus dem Bergbau, von denen sich bisher kein Mensch erholt, um das Beispiel der Bergarbeiter nachzuhören und den Weg zur Organisation zu suchen. Jetzt, nachdem die Löhne der Bergarbeiter um 4-5 Mark pro Schicht höher stehen als die der Bergmetallarbeiter, scheint man zu begreifen, daß etwas geschehen muss.

Während die Durchschnittslöhne der Bergleute sich gegenwärtig um 13 Mark pro Schicht bewegen, gehen die Handwerker noch mit 7–8 Mark pro Schicht nach Hause, und dazu noch für eine zehnständige Arbeitszeit.

Auf den Zechen Königshorn, wo die Handwerker, Heizer, Polonotiführer usw. sich jetzt fast vollständig unserem Verbande angeschlossen haben, werden noch folgende Löhne bezahlt: Für Schlosser, Schmiede und Elektriker 7,50 Mark, Klempner 7,00 Mark, Pumpenwärter 6,50 Mark, Heizer 6,00 Mark, Polonotiführer monatlich 180 Mark, Rangierer monatlich 155 Mark, einschließlich Sonntagsarbeit.

Auf allen übrigen Zechen des Bezirks ziehen die Löhne keineswegs besser. Neben Königshorn haben sich die Zechenmetallarbeiter auf einigen Zechen ebenfalls aufgerafft, um die Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse anzustreben. Die Kollegen von Zechen Sachsen verlangen mindestens 10 Mark pro Schicht. Von den Zechen Königshorn sind am Sonntag, 23. Juni, nachmittags, eine stattliche Versammlung der Zechenmetallarbeiter statt. Kollege Siegel schärferte in einem eingehenden Vortrag die mißliche Lage der Zechenmetallarbeiter im Gegenjahr zu den Bergarbeitern und den Metallarbeitern der Rüstungsbetriebe und empfahl den Kollegen, sofort an die Zechenverwaltung heranzutreten, um eine angemessene Steigerung der Löhne zu beantragen. Die Kollegen beschlossen einstimmig bei der Verwaltung den Antrag auf 20 Prozent Lohnerhöhung zu stellen. Gleichzeitig gelobten alle Anwesenden, jetzt alle Kräfte einzugehen, damit auch die Kollegen der Nachbarzechen raschlos dem christlichen Metallarbeiterverband zugeschlossen werden. Angeregt wurde ferner noch, demnächst eine Konferenz der Zechenmetallarbeiter für den ganzen Bezirk einzuberufen.

Kollegen des Hammar Bezirks! Zeigt auf zur Tat, damit in absehbarer Zeit, die gesamten Zechenmetallarbeiter rasch in der Organisation vereint sind. Erst dann können unsere Lohnverhältnisse durchgreifend aufgebessert werden.

\*

**Siegburg.** Das gewerkschaftliche Leben in unserer Ortsgruppe ist derartig, daß einmal offen im Verbandsorgan dazu Stellung genommen werden muß. Während in fast allen Orten unseres Vaterlandes, in denen unser Verband vertreten ist, infolge der Zeit ein reges gewerkschaftliches Leben besteht; und daher enorme Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen ist, ist hier eine Langeweile eingetreten wie es häufiger nicht im Anfang des Krieges war, wo alles unter dem Banne der ersten Bewegung stand und wo durch Arbeitslosigkeit und sonstige Begleiterscheinungen fast alles gewerkschaftliche Leben erstickte. Die Mitgliederversammlungen sind höchst beschäftigt und auch die Vertretungsmaßnahmen und Vorstandssitzungen haben durchweg einen ganz ungenügenden Besuch aufzuweisen. Die Agitation liegt auch im Argen. Doch holt, der Wahrheit zu Ehre. Vor etlichen Wochen wurde der lästige Beschluß geajagt, nach langer Zeit doch auch mal wieder Haussagitation zu machen. 15 Kollegen gelobten teilzunehmen, doch als zur Tat geschritten werden sollte, waren, obwohl noch zwei Kollegen von einem Bruderverband zur Hilfe gerufen waren, ganze sieben Mann, sage und schreibe sieben Mann zur Stelle. Ein zweiten Antrag waren es noch drei Mann. Und diese drei gaben den Sturm auf, ohne ihn begonnen zu haben. Anstatt den anderen Kollegen nun mal durch die Tat zu beweisen, was geleistet werden kann, wenn einige wenige beherzte, energische Männer eine Sache richtig anpacken, machten die Kollegen leider nichts. Dass bei einer solchen Verfaßung die Mitgliedergewinnung steht, liegt auf der Hand und so finden sich hier noch Mängel vor, die bei den meisten Stellen ein längst überwundener Standpunkt sind. Hier werden noch häufiger Ansitzungen gemacht, ohne vom Arbeitgeber entjährt zu werden, die Beherrschungsfrage liegt sehr im Argen und Löhne finden sich noch in einigen Betrieben vor, die in keinem Verhältnis stehen zu den großen Gewinnen, die die hiesigen Arbeitgeber machen. Die meisten Kollegen sind wohl bewußt, daß die Kollegen an anderen Orten es viel besser verstanden haben, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen in eins mit den heutigen Forderungsverhältnissen anzupassen. Statt um die Schlussfolgerung daraus zu ziehen und energisch und ehrwürdig sich um ihre Interessen zu kümmern, verläßt sich immer einer auf den "andern", schimpft gehörig oder macht mal eine Faust in der Tasche und schon ist die Sache erlebt und der alte Schländer nimmt seinen Fortzug. Welche Ursache auch immer diesen Tatsachen zugrunde liegen, wahr ist, daß die Mehrzahl der Kollegen hier am Ort in gewerkschaftlicher Beziehung schlau und dazu ziemlich fest. Aber kurz oder lang wird ein jahres Ende folgen, darüber mögen sie sich keiner Sorge hingeben. Die jetzt wiederkehrenden Stimmen aus dem Arbeitgeberlager über "die Riesenhöhe" der Arbeiter, über den "über" beriefen und ähnliche befreiungsvolle "Urrungen" sollten doch jedes denkende Arbeiter die Augen öffnen. Sollen sie sich vor Überzeugungen führen, dann muß es heißen: aufgemacht und die Lippsmühlen heruntergezogen und zwar sofort, heute noch. Jeder Arbeiter, der sich nicht dem Befehl der Gewerkschaft anschließt will, hat die Verpflichtung, auf dem Blatt zu sein und mit seiner ganzer Kraft mitzuarbeiten, damit der Arbeiterstand seine großen Anliegen erfüllen kann und auch bei der "Reorientierung" nicht wieder bei Seite gehalten wird. Wegen daher unserer königlichen Kollegen ein Ort zu gewünschen, besonders unsere Gewerkschafts-, Bürgers- und Rentenvereine die Zeichen der Zeit beziehen und sich ihrer Verantwortung wieder bewußt werden, durch rege Teilnahme an Verbandsleben und durch ehrige und plausiblere Agitation heißt jungen, daß die frühere Mitgliedschaft in dieser Zeit wieder erreicht und der alte frisch-fröhliche Gewerkschaftsgeist wieder seinen Einzug soll.

**Wetterau (Gieb).** Die Begegnung mit den allgemein bekannten Gewerkschaftsleuten legt in neuerer Zeiten eine gewisse Müdigkeit des Arbeitnehmers nahe. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß die Begegnung der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber in der Regel über die unerträgliche und unangenehme Verteilung der Arbeitsteilung hinausgeht. Im November letzten Jahres wurde die Begegnung gefordert, daß das ausfallende Blatt fallen 20 Prozent Rendite geben; werden. Ein Teil der Bürgermeisterei hat darüber entschieden, ein anderer Teil nicht. Somit gab es nur die Ergebnisse nicht langen, jedoch sehr unerträglichen 10 Prozent Rendite anstatt einem Teil 20 Prozent und den verbleibenden Rest der Begegnung gar nichts. Das und die anderen Gewerkschaften das ganze Begegnungsergebnis für diese Rendite nach an die Begegnungsergebnisse für diese Rendite nach. Diese Rendite ist 10 Prozent, Heizerlohn und Griesmehl verteilt. Bei der Begegnungsergebnis an den anderen Begegnungsergebnissen sollte man ersehen, daß auch eine gerechte Verteilung durchgeführt wurde. Einander sollte nun jeder Familie eine drei Schritte

zulommen lassen, oder Haferflocken und Griesmehl an Kinder verabfolgen und Sago an die Erwachsenen ausgeben. Der Lebensmittelbezirksrat aus den Bürgermeisterei Reichenbach macht sich die Verteilung leichter. Nach Ruggendorf wird alles Sago hingeschüttet, sodass dort die Säuglinge mit Sago ernährt werden müssen. Reichenbach erhält Griesmehl und Haferflocken, dort können sich Erwachsene jeden Standes und Alters an Griesmehl und Haferflocken haben. In Stromberg soll es sogar Blaus Suppentüpfel gegeben haben. Um derartigen Dingen für die Zukunft vorzubereiten, wurde in einer, am Sonntag, den 16. Juni stattgefunden Mitgliederversammlung beschlossen, sich an das kgl. Landratsamt zu wenden, damit in Zukunft das Wenige, was zur Verteilung gelangt, auch gerecht und zweckmäßig verteilt wird.

In dem darauf folgenden Vortrag des Kollegen Büchmann zeigte derselbe, wie unsere Arbeit in nächster Zeit sich gestalten muß. Die Arbeiterschaft muss sich ihrer Bedeutung in der Wirtschaft bewußt werden, Vertrauen zu sich selber fassen und durch stärkeren Beitritt zum christl. Metallarbeiterverband ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. Nur dadurch ist es möglich, den erforderlichen Einfluss zu erhalten. Bei geschlossenem Vorgehen in der Organisation würden die Widerstände in der Lebensmittelverteilung unmöglich werden. Bis jetzt konnte die Arbeiterschaft in Reichenbach nur bitten, dies hat sich auch bei den verschiedenen Lohnbewegungen gezeigt. Hierin muss eine Aenderung herbeigeführt werden dadurch, daß die Kollegen die nächsten Wochen benutzen, um eine Stärkung des Verbundes herbeizuführen. Nur wenn dieses geschieht, können die Metallarbeiter damit rechnen, daß ihre Verhältnisse sich besser gestalten. Erhöhte Bedeutung muss auch den Lohnverhältnissen geschenkt werden. Der Geldwert ist sehr stark gesunken. Die Kosten für Verwaltung sind enorm gestiegen, darum müssen die Kollegen von Reichenbach unbedingt an eine Erhöhung der Beiträge denken. Aufgabe aller Kollegen ist, den Verband so auszustalten, daß alle Anforderungen, welche an denselben gestellt werden, auch erfüllt werden können.

Einstimmig wurde beschlossen, den Beitrag ab 1. Juli um 10 Pf. zu erhöhen und nunmehr alle Kraft einzusetzen, um den christlichen Metallarbeiterverband nach jeder Richtung zu stärken.

Kollegen von Reichenbach, arbeiten wir nun mehr aber auch mit ganzer Kraft, um den gefassten Beschluss auch durchzuführen. Sorgen wir dafür, daß in nächster Zeit auch der letzte Metallarbeiter unserem Verband zugeschlossen wird, um so die Grundlage zu schaffen zu erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit in unserem christlichen Metallarbeiterverbande.

\*

**Wittlich.** Zwischen der Firma Maschinenfabrik Wittlich, Inhaber Arthur Kleinheimpel und ihrer Arbeiterschaft, vertreten durch den Sekretär des Christl. Metallarbeiterverbandes Spindler-Wittlich, wurden durch wiederholtes beründliches Unterhandeln folgende Lohnverhältnisse erzielt: Die Stundenlöhne der gelernten Arbeiter wurden durchweg um 20–30 Pfennig pro Stunde erhöht, sodass dieselben für gefeierte volljährige Arbeiter nicht unter 1,20–1,30 Mark betragen. Bei Alltagsarbeiten wird entsprechend mehr verdient. Auch die Gehaltsentlohnung wurde entsprechend geregt und zwar so, daß Zehnlingsentlohnung im ersten Jahr 7 Pf., im zweiten Jahr 14 Pf. und im dritten Jahr 25 Pf. pro Stunde erhalten. In vorzüllicher Weise ist die Firma den berechtigten Wünschen und Forderungen ihrer Arbeiterschaft durch diese Vereinbarung, die vollständig auf gültlichem Wege ergriffen wurde, entgegengekommen. Nun gilt es, das Errungene festzuhalten. Daraum immer noch mehr Werbe- und Ausführungsarbeit im und für den christlichen Metallarbeiterverband Deutschland.

## Versammlungs-Kalender und Bekanntmachungen.

Samstag, den 6. Juli 1918:

**Witten.** Sozial: Werner, abends 8,30 Uhr.  
Ehem (Festtagabteilung). Abends 8 Uhr bei Gottlieber, Hochstrasse 14, Unterrichtsabend.

Sonntag, den 7. Juli 1918:

**Düsseldorf.** Sozial, 5,30 Uhr Generalversammlung mit entscheidendem Ausschrieb bei Koepmann.

**Siemens.** Es finden zur Beprüfung der Bechinbegeneralversammlung Wahl der Delegierten, Stellung von Anträgen in den nachfolgenden Sitzungen die Mitgliederversammlungen statt:

**Wiesbaden, Wiesbaden, Friedrichstadt, Sozial:** Baumhaus, Sonnenallee 33–35.

**Siemens, Düsseldorf:** Eitering, Ründer-Str., Borborettstraße.

**Elektro.** Sozial: Hanekell, Gumbertstraße 120.

**Siemens.** Sozial: Rümers, Dorotheen-Str., Alterstr.

**Siemens, Düsseldorf:** Eitzenstr., Grünbergerstr. 18.

**Siemens, Düsseldorf:** Eitzenstr., Grünbergerstr. 17.

**Siemens, Düsseldorf:** Sozial: Börsen, Siegallee 50.

**Siemens, Düsseldorf:** Sozial: Thom-Schröder, Oberkatherstr. 3.

**Siemens, Düsseldorf:** Sozial: Blau, Goliathstr., Düsseldorfer Straße.

**Siemens, Düsseldorf:** Sozial: Hardt, Hanßstraße.

**Siemens, Düsseldorf:** Sozial: Zur Zelle, Siemers, Düsseldorf.

**Siemens, Düsseldorf:** Sozial: Delmer-Meer.

**Siemens, Düsseldorf:** Sozial: Siemers, Stresemannstraße.

**Siemens, Düsseldorf:** Sozial: Siemers.

**Siemens, Düsseldorf:** Sozial: Götter, Schwanzenstraße.

**Siemens, Düsseldorf:** Sozial: Götter, Stresemannstraße.

**Siemens, Düsseldorf:** Sozial: Siemers, Stresemannstraße.